

UIRR will längere und schwerere Güterzüge

Kombi-Vereinigung stellt Forderungskatalog für künftige EU-Bahnpolitik auf



Die UIRR fordert für KV-Unternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu Umschlagterminals.

Von Christian Dahm

Die EU-Kommission soll so schnell wie möglich einen paneuropäischen Aktionsplan ausarbeiten, um die Länge und das Gewicht von Güterzügen zu erhöhen. Dies ist eine von 15 Forderungen der europäischen Kombi-Vereinigung UIRR in einem aktuellen Positionspapier.

Die UIRR würde es grundsätzlich begrüßen, wenn die Kommission die Interpretationsspielräume der geltenden EU-Gesetzgebung ausräumt. Ferner setzt sich die Vereinigung dafür ein, dass die EU eine stärkere Trennung zwischen Netz und Betrieb gewährleistet sowie die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden sicherstellt.

Eine weitere Forderung ist es, ein effizientes und transparentes Management des Bahnverkehrs durch eine europäische Definition von Zugkategorien und deren Hierarchie zu unterstützen. Zudem gelte es, den Kreis der Zugangsberechtigten zu den Trassen auf Nicht-Bahnunternehmen zu erweitern.

Die UIRR spricht sich zudem dafür aus, einen Schwellenwert für die Auslastung des bestehenden Schienennetzes festzuschreiben. Werde dieser überschritten, soll die Verpflichtung zum Ausbau der Schienenkapazität innerhalb eines angemessenen Zeitraums von den Infrastrukturbetreibern auf die Mitgliedstaaten übertragen werden.

Die EU sei auch gefordert, den diskriminierungsfreien Zugang zu Umschlagterminals zu garantieren. Die Lizenzvergabe für Terminaloperateur

müsste davon abhängig gemacht werden, dass diese detaillierte Gebührenregelungen veröffentlichen.

Vorrangig sei auch, mit dem Straßenverkehr vergleichbare Preissysteme festzulegen. Der UIRR schweben dabei Trassenpreise vor, die auf tkm basieren und sich an der Höhe der Straßentaxi orientieren. Die Mitgliedstaaten gelte es vor diesem Hintergrund zu verpflichten, den Infrastrukturbetreibern ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Nutzungsentgelte auf vergleichbarem oder niedrigerem Niveau als die Mautgebühren liegen.

Die UIRR hofft, dass ihre Forderungen in die geplante Überarbeitung des ersten Eisenbahnpakets zur Liberalisierung des Schienengüterverkehrs in der EU einfließen.

DVZ 17.7.2010
www.uirr.com